

N i e d e r s c h r i f t

**der 15. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 09.12.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:23 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	für Hr. Bönisch
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	für Hr. Scholtyssek
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	für Hr. Lange
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	für Fr. Dr. Brock
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM	

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Sabine Ernst	Verwaltung
Oliver Paulsen	Verwaltung
Marco Schreyer	Verwaltung
Katrin Flint	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde die Einwohnerfragestunde eröffnet. Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die 15. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass nachfolgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen sind:

- 6.1 Friedhofsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) 2016 - 2017
Vorlage: VI/2015/00719
Gleiche Voten in den Fachausschüssen.
- 6.2 Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes AZV Elster-Kabelsketal Grundstücksentwässerungssatzung
Vorlage: VI/2015/01254
Gleiche Voten in den Fachausschüssen.
- 6.3 Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VI/2015/01362
Gleiche Voten in den Fachausschüssen.
- 6.4 Wirtschaftsplan 2016 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01095
Gleiche Voten in den Fachausschüssen.
- 6.5 Jahresabschluss 2014 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01247
Gleiche Voten in den Fachausschüssen.

Zum Tagesordnungspunkt

- 7.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: VI/2015/01291

teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass vorgeschlagen wurde, den Antrag trotz gleicher Voten in den Fachausschüssen auf der Tagesordnung zu belassen. Durch Herrn Schreyer, Fachbereichsleiter Recht wird bei der Diskussion zum TOP 7.1 eine Stellungnahme abgegeben.

- 7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/00801
Wurde im Kulturausschuss vertagt.

- 7.4.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle*
Vorlage: VI/2015/00929
Wurde von den Fraktionen für erledigt erklärt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnungspunkte:

- 6.4 Wirtschaftsplan 2016 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01095
Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte den Vorschlag, bei Einverständnis der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, die Tagesordnungspunkte

- 7.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses
Vorlage: VI/2015/01279
- 7.3 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation
Vorlage: VI/2015/01278

bis in den März 2016 zu vertagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bestätigte ausdrücklich, dass alle Themen bezüglich der Flüchtlingssituation im Hauptausschuss angesprochen werden.

Auf die Nachfrage von **Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, zur Verfahrensweise zum TOP

- 7.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: VI/2015/01291

teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass auf mehrheitlichen Wunsch im Stadtrat, der Hauptausschuss für eine Vorbesprechung zu diesem Thema genutzt werden soll.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt.

- Einwohnerfragestunde
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
 2. Feststellung der Tagesordnung
 3. Aktuelle Stunde „Diskussion zum aktuellen Zuzug von Geflüchteten nach Halle (Saale)“
 4. Genehmigung der Niederschrift vom 18.11.2015
 5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 *Friedhofsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) 2016 - 2017*
Vorlage: VI/2015/00719 *abgesetzt*
 - 6.2 *Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes AZV Elster-Kabelsketal Grundstücksentwässerungssatzung*
Vorlage: VI/2015/01254 *abgesetzt*
 - 6.3 *Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*
Vorlage: VI/2015/01362 *abgesetzt*
 - 6.4 *Wirtschaftsplan 2016 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2015/01095 *abgesetzt*
 - 6.5 *Jahresabschluss 2014 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2015/01247 *abgesetzt*
 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 7.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: VI/2015/01291
- 7.2 *Antrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses*
Vorlage: VI/2015/01279 vertagt
- 7.3 *Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation*
Vorlage: VI/2015/01278 vertagt
- 7.4 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle*
Vorlage: VI/2015/00801 vertagt
- 7.4.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle*
Vorlage: VI/2015/00929 zurückgezogen
- 8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9. Mitteilungen
- 9.1 Information zur Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes
- 9.2 Information zum Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Stadtratsbeschluss: Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg
- 9.3 Information zu beabsichtigten Widmungen von Straßen
- 10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 11. Anregungen

zu 3 Aktuelle Stunde „Diskussion zum aktuellen Zuzug von Geflüchteten nach Halle (Saale)“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begrüßte Herrn Karsten Thäringen, Leiter des Polizeireviers Halle (Saale) und Herrn Ebert, Geschäftsführer der Freiwilligen Agentur Halle (Saale).

Des Weiteren informierte er darüber, dass Frau Dr. Bratzke, Geschäftsführerin Agentur für Arbeit Halle (Saale), und Herr Kalkofen, Geschäftsführer Jobcenter Halle (Saale), ihre Teilnahme an der heutigen Sitzung absagen mussten. Eine Teilnahme an der nächsten Hauptausschusssitzung im Januar 2016 ist geplant.

Zu Beginn seiner Ausführungen berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die aktuellen Zahlen zur Flüchtlingssituation in der Stadt Halle mit Stand 07.12.2015.

Zum Zeitpunkt befinden sich 2.894 Flüchtlinge in der Stadt. Es wurden 104 Duldungen erteilt. Humanitäre Aufenthaltstitel liegen für 397 Flüchtlinge vor.

Die Landesaufnahmeeinrichtung Maritim hat aktuell 490 Flüchtlinge, die Außenstelle Dölauer Straße ist zurzeit nicht belegt, ebenso wie die Außenstelle August-Bebel-Straße. Unbegleitete Minderjährige gibt es in der Stadt derzeit 71. Damit ergibt sich eine aktuelle Gesamtzahl von 4.253 Flüchtlingen.

Die angekündigten Zuweisungen für die aktuelle Woche liegen bei 130.

Die Stadt ist dabei, in dieser Woche einen Umzug für 116 Flüchtlinge in dezentrale Wohnungen vorzubereiten.

Des Weiteren wurde vom Land mitgeteilt, dass diese Woche die letzte Aufnahmewoche in diesem Jahr darstellt. Ebenfalls wurde mitgeteilt, dass weitere Zuweisungen in den nächsten Wochen ausgesetzt werden. Die Landesregierung habe sich auf Grund der rückläufigen Flüchtlingszahlen entschieden, bis auf weiteres keine Zuweisungen an die Landkreise und Städte vorzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand betonte, dass die Bemühungen der Verwaltung zur dezentralen Unterbringung trotzdem nicht nachlassen werden.

Im Folgenden erläuterte er erste Vermittlungen zu den Wirtschaftsunternehmen der Stadt. Einige Unternehmen hätten sich unmittelbar an Flüchtlinge gewandt, um sie in den nächsten Monaten auszubilden oder zu übernehmen. Dieses geht einher mit Sprachkursen und Eingliederungsmaßnahmen.

Dazu werde es auch weitere Programme des Landes geben. Im Januar 2016 findet dazu eine Auftaktveranstaltung in Halle statt.

Wenn ein Flüchtling in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden soll, bedeutet das, dass ein vorgefertigter Arbeitsvertrag bei der Arbeitsagentur vorgelegt und dahingehend geprüft wird, ob für den vorgesehenen Arbeitsplatz kein Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu finden ist. Die Arbeitsagentur würde dann eine Bestätigung erteilen, so dass dann das Arbeitsverhältnis aufgenommen werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung zur Erteilung des Rederechtes für Herrn Thäringen zur Schilderung der aktuellen Situation aus polizeilicher Sicht und für Herrn Ebert, welcher über neue Projekte der Freiwilligen Agentur berichten wird.

Es lagen keine Einwände gegen das Rederecht vor und **Herr Thäringen** begann mit seinen Ausführungen.

Er knüpfte an die Informationen an, die Frau Polizeipräsidentin Bergmann in der letzten Berichterstattung zur aktuellen Flüchtlingssituation aus polizeilicher Sicht gab. Es habe keine wesentlichen Veränderungen der Sicherheitslage gegeben. Die Lage sei relativ ruhig. Seit Oktober wurden in der Landesaufnahmeeinrichtung Riebeckplatz drei Delikte mit Körperverletzung der Migranten untereinander festgestellt.

In der Vergangenheit habe es keine Angriffe von außen auf die Einrichtung gegeben.

Durch **Herrn Ebert** wurde ein Rückblick auf die Willkommenskultur in Halle genommen. Die Stadt gibt ein gutes Zeichen im Land für Willkommenskultur, was sich daran zeigt, dass viele Menschen in der Stadt Halle etwas für Flüchtlinge tun wollen.

Zum Jahresbeginn hat die Freiwilligen Agentur das Projekt „Willkommenspaten“ gestartet, wo es um Flüchtlingskinder und Familien in Halle ging. Im Weiteren wurde die Koordinierungsstelle „Engagiert für Flüchtlinge“ im Mai eröffnet. Zum Zeitpunkt waren die Flüchtlingszahlen noch geringer und das Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger noch weniger stark ausgeprägt, als in der zweiten Jahreshälfte.

In verschiedenen Veranstaltungen wurde sichtbar, dass es ein großes Informationsbedürfnis in der Bevölkerung besteht, wo und wie man sich in Halle für Flüchtlinge engagieren kann.

Seit September haben sich über 500 Menschen bei der Freiwilligen Agentur gemeldet und es wurde eine Online-Helferregistrierung eingeführt, um dem Informations- und Beratungsbedürfnis nachzukommen.

Die Freiwilligen-Agentur arbeitet eng mit dem Dienstleistungszentrum Migration und Integration zusammen und sieht ihre Aufgabe in der Information, Beratung und Vermittlung von Menschen, die sich in Halle für Flüchtlinge engagieren wollen.

Herr Ebert machte weiterhin deutlich, dass verstärkt Räume gebraucht werden, wo sich Engagierte mit Geflüchteten niedrigschwellig begegnen können.

Für die Freiwilligen-Agentur besteht dabei die Herausforderung darin, den Pool von Helfern, die sich nur punktuell informieren und engagieren wollen, die Hilfsbereitschaft in längerfristiges Engagement zu übersetzen.

Um einen niedrigschwelligen Ort der Begegnung zu haben, wurde mit Unterstützung des Landes und der Firma Papenburg sowie einer hohen Spendenbereitschaft mit dem Welcome-Treff in der Theatralie ein offener Ort der Begegnung geschaffen, wo Engagierte sich mit Geflüchteten treffen können und neue Ehrenamtsangebote für Geflüchtete entstehen.

Bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Kirchenkreis wurde durch **Herrn Ebert** darüber berichtet, dass dieser frühzeitig, gemeinsam mit der Freiwilligen-Agentur, im Mai dieses Jahres die Koordinierungsstelle für Flüchtlinge gestartet hat. Herr Sören Am Ende ist in allen Kirchengemeinden unterwegs, um diese darüber zu beraten, wo und wie sie sich für Flüchtlinge im Umfeld engagieren können.

Gemeinsam mit der Stadt wurde die Idee entwickelt, Bundesfreiwilligendienststellen in und im Umfeld von Gemeinschaftsunterkünften einzurichten als Schnittstelle zwischen Bewohnern und engagierten Menschen in Halle.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bedankte sich bei Herrn Thäringen und Herrn Ebert für die Berichterstattung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erteilte das Wort an Frau Dr. Christine Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit, und Herrn Dr. Matthias Dürr, Teamleiter Hygiene. Beide sind für das Thema Gesundheit in dieser Thematik zuständig.

Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit, berichtete kurz über die gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge in der Stadt.

Bis zum heutigen Tag wurden ca. 1.900 Asylsuchende durch die ärztlichen Kollegen des Elisabeth-Krankenhauses untersucht. Der Fachbereich Gesundheit steht in enger Kooperation mit den untersuchenden Ärzten, auch um die Richtlinien des Infektionsschutzgesetzes zu beachten und einzuhalten. Der Fachbereich sei dabei als Berater und Unterstützer tätig.

Gegenstand der Erstuntersuchung ist die körperliche Untersuchung und die Röntgenuntersuchung für Asylsuchende ab dem 16. Lebensjahr und das Angebot der Schutzimpfung für Erkrankungen.

Dies bezieht sich im Wesentlichen auf die Impfungen gegen Mumps, Masern und Röteln. Für die kleinen Kinder wird die Sechsfachimpfung und für die größeren eine Vierfachimpfung angeboten, analog dem Impfschema, welches den deutschen Staatsbürgern laut Ständiger Impfkommision empfohlen wird.

Im Weiteren berichtete **Frau Dr. Gröger** darüber, dass vergleichsweise wenig ansteckende Krankheiten bisher zu verzeichnen waren. Es gab bisher einmal Windpocken, ein Fall von Noroviren und einige Fälle von Kopflausbefall oder Krätze. Die betreffenden Personen wurden umgehend einer ärztlichen Behandlung unterzogen, so dass sich eine Weiterverbreitung in der Landesaufnahmestelle nicht einstellen konnte. Tuberkulosefälle wurden bisher keine bestätigt, außer einiger Verdachtsfälle im Rahmen der Röntgenuntersuchung. In Zusammenarbeit mit den ärztlichen Kollegen erfolgt diesbezüglich eine Abklärung der Diagnostik.

Das Spektrum der Erkrankungen hält sich im überschaubaren Rahmen. Grippefälle lagen bisher noch nicht vor. Es werden Gripeschutzimpfungen angeboten, die von den Asylsuchenden in unterschiedlicher Intensität angenommen werden.

Ab 14. Dezember 2015 sollen die Behandlungsräume in der Erstaufnahmeeinrichtung in Betrieb genommen werden. Ein Röntgengerät wurde inzwischen installiert, um noch besser eine gesundheitliche Betreuung durchführen zu können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat Frau Dr. Gröger um Mitteilung über den aktuellen Stand zur Abstimmung mit den Kliniken zum Thema hausärztliche Ambulanz.

Durch **Frau Dr. Gröger** wurde darüber informiert, dass sie am 01.12.2015 die Geschäftsführer und ärztlichen Direktoren der in der Stadt ansässigen Kliniken zu einem Runden-Tisch-Gespräch gebeten habe, mit der Frage der Etablierung einer hausärztlichen Ambulanz für Asylsuchende, vordergründig für die in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebrachten Asylanten. Im Verlauf der Diskussion habe es Einigkeit zum Bedarf einer solchen hausärztlichen Praxis gegeben, die im Wesentlichen eine Koordinierungs- und Steuerungsfunktion übernehmen soll.

Es besteht noch Gesprächsbedarf darüber, wo die Ansiedlung einer solchen Praxis erfolgen, ob diese ausschließlich für die Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtung vorgesehen und unter welcher Schirmherrschaft dies erfolgen soll.

Es besteht Einigkeit zur Installierung einer solchen Praxis und ab Januar 2015 soll ein ärztlicher Kollege die Steuerung übernehmen und die Beteiligten entsprechend ihrer Spezialisierung mit einbeziehen.

Momentan bietet die Uniklinik für Kinder eine Migrationssprechstunde an. Zukünftig sollen auch andere Kliniken, entsprechend ihrer Spezifizierung, mit an den Tisch genommen werden.

Herr Dr. Dürr, Teamleiter Hygiene, ergänzte, dass es sinnvoll sei, die Praxis in der Landesaufnahmeeinrichtung selbst anzusiedeln, da vor Ort Dolmetscher zur Verfügung stehen. Rein räumlich sei es auch deshalb möglich, weil die Zahl der Flüchtlinge momentan koordinierbarer erscheint. Es besteht die Möglichkeit, einen Raum, der für die Reihenuntersuchung vorgesehen war, als Arztpraxis zu nutzen.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, fragte nach, ob von einer hundertprozentigen Impfbereitschaft ausgegangen werden kann.

Durch **Frau Dr. Gröger** wurde eine sehr hohe Impfquote bestätigt, aber keine hundertprozentige Impfbereitschaft.

Herr Dr. Wöllenweber, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, machte auf die Schwierigkeit aufmerksam, dass es in der Stadt Halle noch unterversorgte Gebiete gibt, wo es der Stadt nicht gelingt, eine hausärztliche Praxis einzurichten. In diesem Zusammenhang bat er um Erläuterungen zum weiteren Vorgehen.

Frau Dr. Gröger verwies auf die Gesprächsrunde am 01.12.2015, wo auch Vertreter des Landes anwesend waren und die Klärung verschiedener Varianten aufgetragen wurde. Es müsse genau differenziert werden, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass es zu Lasten der Allgemeinheit geschieht.

Sie halte die Unterbringung einer Praxis in der Landesaufnahmeeinrichtung für erforderlich. Auch habe es viele Anfragen von ärztlichen Kollegen gegeben, auf freiwilliger Basis, stundenweise ihre Zeit zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Gröger machte ebenfalls deutlich, dass auch für die Asylsuchenden die Möglichkeit der freien Arztwahl, unter den eingeschränkten Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes, besteht. Sie hätten jederzeit die Möglichkeit, sich bei einem niedergelassenen Arzt vorzustellen.

Durch alle am Runden-Tisch Beteiligten, auch durch das Land, müsse jetzt geklärt werden, welche Trägerschaft eine solche Praxis haben soll und welche Rahmenbedingungen dafür erfüllt sein sollten.

Es gab keine weiteren Nachfragen und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bedankte sich bei Frau Dr. Gröger und Herrn Dr. Dürr für ihre Ausführungen.

Der Bitte von **Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, in der nächsten Hauptausschusssitzung einen Vertreter der SPI zur Thematik Anerkennungsberatung einzuladen, wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zugestimmt.

Auf weitere Nachfrage führte er noch einmal aus, dass es momentan 71 minderjährige Flüchtlinge in der Stadt gibt und die Betreuung abgedeckt sei. Er schlug vor, in der Hauptausschusssitzung im Januar Frau Brederlow darüber berichten zu lassen.

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bat um eine Informationen bei der Vorgehensweise zur Vermittlung von Flüchtlingsfamilien bzw. Einzelpersonen in private Wohnungen.

Laut Aussage von **Herrn Paulsen, Grundsatzreferent**, unterstützt das Team des Dienstleistungszentrums Migration und Integration sofort bei entsprechenden Wohnungsangeboten.

Er bat Frau Dr. Wünscher um eine kurze Mitteilung, wenn sie in einem konkreten Fall Beschwerden über das Verfahren erhalten habe.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete die aktuelle Stunde.

zu 4 Genehmigung der Niederschrift vom 18.11.2015

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, bat um Korrektur ihrer Aussage zum Tagesordnungspunkt 3. Sie bat um eine Aufteilung nach Geschlecht für alle Zahlen. Sie bat diesbezüglich um eine Änderung in der Niederschrift.

Durch **Herrn Paulsen, Grundsatzreferent**, wurde darauf hingewiesen, dass im System der Stadt die Flüchtlinge nicht aufgeführt sind, die den Asylbewerberstatus noch nicht haben. Dabei handelt es sich um über 1.000 Personen. Man werde aber versuchen, eine Auszählung vorzunehmen.

Momentan liege eine grobe Erfassung vor, in welchem aber noch die Personen fehlen, die vor 2015 gekommen sind. Hier liegt der Anteil an Minderjährigen bei ca. 15 Prozent, der Frauenanteil bei ungefähr 20 Prozent und 80 Prozent Männer.

Bei einer händischen Auszählung habe sich ergeben, dass etwa 50 Prozent Alleinreisende sind und davon ein Großteil Männer. Die anderen 50 Prozent waren Ehepaare und Familien.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der Niederschrift vom 18.11.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse aus der letzten Hauptausschusssitzung vor.

zu 6 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: VI/2015/01291**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, ob es einen Vorschlag zur Umgehung eines Widerspruchsverfahrens gäbe.

Durch **Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde darauf hingewiesen, dass mit dem Antrag auf das Problem aufmerksam gemacht werden sollte und man dabei nicht bedacht habe, dass es ein laufendes Geschäft der Verwaltung sein könnte.

Bezogen auf die Stellungnahme der Verwaltung und die dort aufgeführte Terminstellung bat sie um eine Trennung der Themen. Damit könnte die Einbeziehung der Räume der ehemaligen Hausmeisterwohnung zeitnah geregelt werden. Für die Erstellung des Brandschutzkonzeptes könnte die dafür benötigte Zeit angegeben werden.

Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht, führte aus, dass die Verwaltung mit der Verfahrensweise erreichen wollte, im Vorfeld eines möglichen Widerspruchs des Oberbürgermeisters tätig zu werden und gemeinsam zu einer Lösung zu kommen. Aus diesem Grund wurde der Antrag, trotz gleicher Voten in den Ausschüssen, auf die Tagesordnung genommen.

In der Stellungnahme der Verwaltung habe man versucht darzulegen, warum eine Beschlussfassung des Stadtrates zur Einbeziehung von Räumlichkeiten einer Hausmeisterwohnung in einer Schule nicht in die Beschlusskompetenz des Stadtrates fällt, sondern zum Geschäft des Oberbürgermeisters gehört. Die Zielrichtung des Antrages werde aber von der Verwaltung unterstützt.

Des Weiteren verwies **Herr Schreyer** darauf, dass mit einer möglichen Realisierung im Jahr 2018 gerechnet wird. Parallel dazu ist die Stadt dabei, einen zweiten Rettungsweg zu realisieren, wenn es die Möglichkeit gibt. Es müssten jedoch bestimmte Sicherheitsaspekte in die Betrachtungen einbezogen werden.

Zum gleichen Thema führte **Herr Heinz, Fachbereichsleiter Immobilien**, aus, dass bezüglich der Umnutzung der Hausmeisterwohnung das Ordnungsrecht beachtet und fachgerecht gebaut werden muss.

Es geht dabei auch um eine Form von Bestandsschutz und die Bauordnung fordert zu Recht, die Erarbeitung eines Konzeptes, einschließlich Brandschutz, wenn zusätzliche Räume einbezogen werden sollen.

Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, machte deutlich, dass das Problem an der Sekundarschule schon seit Jahren besteht und immer wieder vertagt und verschoben wurde. Durch die Flüchtlinge habe sich jetzt die Situation noch verstärkt und ihre Fraktion halte es für problematisch, das Thema wieder in der Priorität nach hinten zu schieben.

Sie bat deshalb um eine konkrete Variante einer Lösung der Angelegenheit.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, stimmte den Ausführungen von Frau Dr. Bergner zu.

Er erwartet einen Vorschlag der Verwaltung zur vorübergehenden Entschärfung der Situation.

Seiner Ansicht nach liegt auch jetzt schon nur eine Notlösung vor, die weder dem Bauordnungsrecht noch dem Brandschutz entspricht.

Durch **Herrn Wolter** wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht um eine Sachdiskussion zum Antrag geht, da dies schon in den Ausschüssen erfolgt ist.

Es müsse jetzt die Frage geklärt werden, ob die Verwaltung das Thema annimmt und den Sachverhalt für erledigt erklärt oder ob eine andere Formulierung gefunden werden muss, damit der Oberbürgermeister selbständig handeln kann, ohne dass der Auftrag in seine Handlungspflichten und Rechte eingreift.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Aussagen von Herrn Wolter zu. Die Verwaltung würde sich für eine Beschleunigung der Verfahrensweise einsetzen.

Frau Dr. Wünscher informierte darüber, dass ihre Fraktion den Antrag als Anregung formulieren wird, mit der Bitte, die Themen Hausmeisterwohnung und Brandschutz getrennt zu betrachten.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde die Aufnahme der Anregung durch die Verwaltung zugesagt. Er sicherte eine Information diesbezüglich im nächsten Hauptausschuss zu.

Abschließend zog **Frau Dr. Wünscher** im Namen ihrer Fraktion den Antrag zurück.

Herr Dr. Wöllenweber, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, kritisierte die von der Verwaltung vorgegebene Zeitschiene der Realisierung bis 2018. Für die derzeitige aktuelle und dringliche Situation halte er diesen Zeitraum für zu lang.

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Paulsen** auf den erforderlichen Planungsvorlauf. Die Verwaltung werde jedoch zeitnah darauf einwirken, einen zweiten Rettungsweg zu installieren.

Herr Heinz sicherte eine erneute Prüfung vor Ort zu, verwies aber auch auf bauordnungsrechtliche Bedenken.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Konzeption, einschließlich Brandschutz, zur Einbeziehung der Räume der ehemaligen Hausmeisterwohnung an der Sekundarschule Halle-Süd, zu erstellen.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 9 **Mitteilungen**

zu 9.1 **Information zur Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes**

In Bezug auf die Ablehnung der Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über das momentan schwierige Antragsverfahren.

Herr Müller-Bahlke, Direktor der Franckeschen Stiftungen, habe dem Kuratorium die Argumente des Weltdenkmalrates ICOMOS am Montagabend vorgestellt. Vom Kuratorium wurde die Entscheidung auf Anfang Januar 2016 vertagt.

Jetzt müsse darüber entschieden werden, ob man den Antrag zurücknimmt oder auf eine schriftliche Begründung der UNESCO wartet. Er vertrete aber die Auffassung, das Antragsverfahren fortzusetzen und von der UNESCO bescheiden zu lassen, was er auf Medienanfrage als Meinung des Oberbürgermeisters auch mitgeteilt hat.

Zusammenfassend nannte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die mündlich durch ICOMOS vorgetragene Gründe für die ablehnende Haltung:

1. Die Ideen Franckes erachtet ICOMOS für nicht wichtig genug.
2. Die Ideen Franckes spiegeln sich nicht in der Architektur wider.
3. Das Thema Bildung ist für ICOMOS keine so wesentliche Aufgabe, dass es gerechtfertigt wäre, dem Antrag auf Aufnahme in das Weltkulturerbe stattzugeben.
4. Das Schulstadtkonzept ist heute nicht mehr wahrnehmbar.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand äußerte noch einmal seine Überzeugung darüber, dass der Antrag gerechtfertigt ist und er sich dafür einsetzen wird, den Antrag aufrecht zu erhalten.

Die Argumentation, man könne keinen Antrag mehr stellen, wenn man ablehnend beschieden wurde, sei nicht zutreffend. Außergewöhnliche Gründe und neue Erkenntnisse könnten dazu führen, dass auch hier ein neuer Antrag gestellt werden kann. Dies wurde juristisch geprüft.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte das Angebot, Herrn Müller-Bahlke zu diesem Thema einzuladen und die Hauptausschussmitglieder zum Gespräch dazu zu bitten.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte den Vorschlag des Oberbürgermeisters, um von Herrn Müller-Bahlke seine Sicht der ablehnenden Haltung der Kommission zu erfahren.

Des Weiteren merkte er an, dass man sich überlegen solle, ob man in die Bescheidung geht und als Vergleich den Antrag von Naumburg zu Rate ziehen. Naumburg war in einer ähnlichen Situation und hat den Antrag in anderer Form neu gefasst.

Durch **Herrn Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wurde darauf hingewiesen, dass der Kulturausschuss der richtige Ort für eine solche Diskussion wäre. Da der Stadtrat nur einen empfehlenden Charakter zu dieser Thematik habe, könnte eine intensive und fachliche Beratung im Kulturausschuss geführt werden.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Wolter machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf aufmerksam, dass der Stadtrat ein klares Votum abgegeben hat und ein Stadtratsbeschluss zum Verfahren vorliegt.

Des Weiteren wies er auf den nächsten Termin des Kulturausschusses hin, der für eine Diskussion zu spät sei. Es könne nur im Zuge einer Sondersitzung des Kulturausschusses Herr Müller-Bahlke eingeladen und angehört werden.

Herr Dr. Wöllenweber, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zeigte sich betroffen von der Kuratoriumsentscheidung und begrüßte die Einberufung einer Sondersitzung des Kulturausschusses mit der Teilnahme von Herrn Müller-Bahlke.

Frau Dr. Bergner wies auf die Wichtigkeit des Themas hin und bat um eine Diskussion zum Thema der Antragstellung der Franckeschen Stiftungen in einer Stadtrats- bzw. Hauptausschusssitzung, was von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bestätigt wurde. Bei Zustimmung der Hauptausschussmitglieder würde er Herrn Müller-Bahlke in die nächste Stadtratssitzung zum Tagesordnungspunkt „Aktuelle Stunde“ einladen.

zu 9.2 Information zum Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Stadtratsbeschluss: Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über das Vorliegen einer Entscheidung des Landesverwaltungsamtes zu seinem Widerspruch gegen den Stadtratsbeschluss zur Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg und zitierte daraus:

„Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage teile ich Ihnen mit, dass der Beschluss des Stadtrates vom 27.05.2015 rechtmäßig ist.

Zur Mitfinanzierung der vom Land Sachsen-Anhalt errichteten Moritzburg wurde zwischen dem Land und der Stadt eine Vereinbarung geschlossen.

Es wurde festgelegt, das Land und Stadt im Rahmen der Festbetragsfinanzierung nach Maßgabe und der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Stiftung Moritzburg finanzieren. Die Stadt hat sicherzustellen eine jährliche Zuwendung in Höhe von 130.000 €.

Demnach bestehen hinsichtlich einer Zahlungsverpflichtung der Stadt Halle widersprüchliche Vorgaben. Einerseits wurde ein Haushaltsvorbehalt in der Vereinbarung verankert, andererseits sichert die Stadt einen zu zahlenden jährlichen Festbetrag zu. Laut Angaben der Stadt ist jedoch seit dem Vertragsabschluss im Jahr 2010 bislang keine städtische Zahlung an die Stiftung Moritzburg erfolgt. Begründet wurde dies mit der fehlenden dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt Halle und der hierdurch notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen.

In Ihrem Widerspruch weisen Sie zutreffend darauf hin, dass ohne entsprechenden Haushaltsansatz Zahlungen nicht geleistet werden dürfen, da dies gegen den Grundsatz der ordnungsgemäßen Haushaltsführung verstößt. In seinem Beschluss vom 27.05.2015 hat der Stadtrat jedoch ausdrücklich festgelegt, dass ab dem Jahr 2016 die Zahlung an die Stiftung in Höhe von 130.000 € mittels eigener Haushaltsstelle darzustellen ist. Diese Festlegung ist Ausfluss der dem Stadtrat unmittelbar zustehenden Budgethoheit. Die Befugnis zur Festsetzung der einzelnen Ansätze des Haushaltsplanes obliegt ausschließlich der Vertretung.

Insofern stellt sich der Widerspruch gegen den in Rede stehenden Beschluss als unzulässiger Eingriff in das Budgetrecht des Stadtrates dar.

Eine Beanstandung ist aus diesen Gründen nicht geboten.

Nicht umfasst von dieser Feststellung ist die Frage, ob allein durch die Aufnahme einer haushaltsrechtlichen Ermächtigung im Haushaltsjahr 2016 eine Auszahlung erfolgen muss, sofern eine bestehende vertragliche Rechtspflicht nicht feststellbar ist und auf Grund weiterer haushaltsrechtlicher Restriktionen freiwillige Leistungen nicht uneingeschränkt geleistet werden dürfen.“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte die Zustellung einer Kopie des Schreibens an die Fraktionen zu.

Durch **Herrn Krause, SPD-Fraktion**, wurde darüber informiert, dass das Land selbst Klage in der Angelegenheit zur Zahlung des vollen Betrages von 520.000 € eingereicht hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand betonte, dass der Vergleich von 150.000 € nach und nach abgearbeitet wird und er sehr bedauert, dass dieser vom Land nicht bestätigt wurde. Bezüglich der Klage durch das Land liegt noch keine Information in der Stadt vor.

zu 9.3 Information zu beabsichtigten Widmungen von Straßen

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, bezog sich auf eine Anfrage aus dem Finanzausschuss zu drei Widmungsvorlagen für den Stadtrat und teilte mit, dass alle drei Straßen im Entwicklungsgebiet Star Park durch den Entwicklungsträger hergestellt worden sind.

Dabei handelt es sich um die Polariusstraße, die Wegastraße und die Siriusstraße. Alle drei Straßen wurden der Stadt bereits übertragen. Unabhängig von der Widmung liegen die Unterhaltungslast und der finanzielle Aufwand jetzt schon bei der Stadt. Aus finanzieller Sicht gäbe es deshalb keinen Grund, die Widmung nicht zu vollziehen.

Er informierte weiter darüber, dass es in dem Haushaltsjahr der Übergabe von Straßen und Grünflächen an die Stadt einen Aufwuchs im Budget gab, welcher dort auch so abgebildet wurde.

Die Abbildung der finanziellen Auswirkungen in den jetzt vorliegenden Beschlussvorlagen führte **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf zurück, dass bei Maßnahmen der Widmung deutlich gemacht werden muss, dass die Straße dann dem öffentlichen Verkehr dient und die finanziellen Auswirkungen dafür darzustellen sind.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 10.1 Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Stiftung Moritzburg

Frau Dr. Wünscher fragte nach dem weiteren Umgang mit der Stiftung Moritzburg und ob sich zukünftig ein Kompromiss dazu finden könnte. Sie bat um eine Entscheidung im Sinne der Moritzburg.

Frau Ernst, Büroleiterin, informierte über das Vorliegen eines sofort umsetzbaren Lösungsvorschlages, auch noch für das Jahr 2015. Dieser sehe die Zahlungen von 160.000 Euro vor. Zum Teil geht es dabei auch um projektbezogene Finanzierungen, da die Moritzburg schon jetzt 80.000 Euro Unterstützung für ein Digitalisierungsprojekt erhält. Des Weiteren geht es um die Unterstützung von Leistungen entsprechend der Einsatznotwendigkeiten, was auch Barmittel zur eigenständigen Verwendung sein können.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde ergänzt, dass der Vorschlag mit dem Kultusminister besprochen wurde, welcher eindeutig erklärt habe, dass er keine geeignete Verhandlungsbasis darstellt.

zu 10.2 Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zur Stiftung Moritzburg

Herr Dr. Meerheim nahm Bezug auf das Schreiben des Landesverwaltungsamtes zum Widerspruch des Oberbürgermeisters zur Finanzierung der Stiftung Moritzburg und wies darauf hin, dass theoretisch eine Haushaltsstelle eingestellt werden müsste. Die Verwaltung könnte dann aber in der Haushaltsdurchführung entscheiden, wie auf Grund der finanziellen Lage der Stadt damit umgegangen wird.

Er bat um Mitteilung zur weiteren Verfahrensweise.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde darauf verwiesen, dass Herr Geier und die Fachbereichsleitung um Vorschläge gebeten worden sind.

zu 11 Anregungen

zu 11.1 Anregung Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Kulturförderabgabe

Herr Feigl regte an, eine Zusammenfassung des Vortrages von Herrn Geier im Kulturausschuss zum Thema Kulturförderabgabe den Stadträten zur Verfügung zu stellen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete den öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Katrin Flint
stellvertretende Protokollführerin